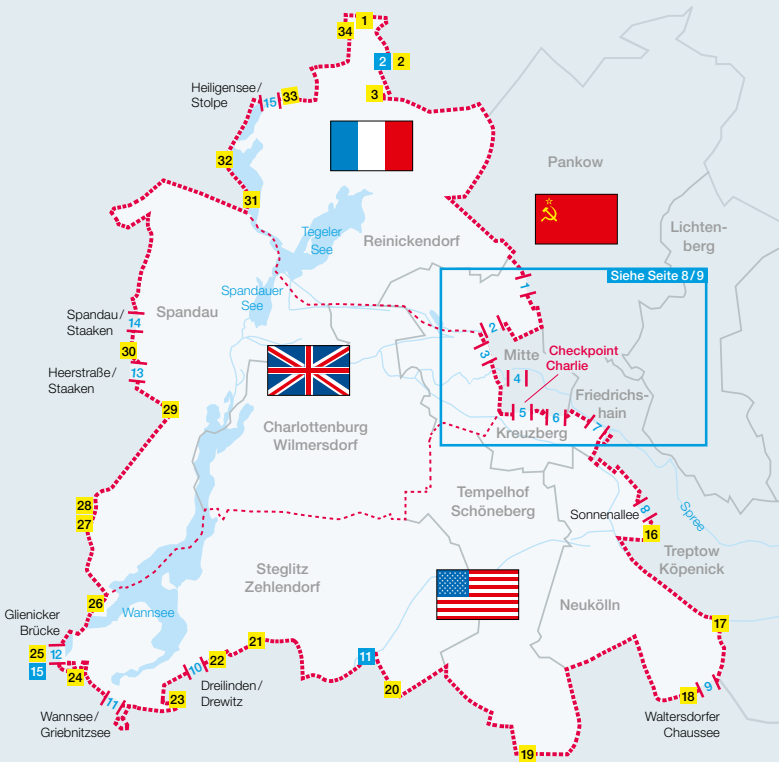


Inhalt

1 / Wo die Mauer stand	10
2 / Vor dem Mauerbau	24
3 / Der Bau der Mauer	40
4 / Flucht / Fluchthilfe / Widerstand	66
5 / Konfrontation und Entspannung	90
6 / Die Perfektionierung des Sperrsystems	104
7 / Todesopfer an der Berliner Mauer	122
8 / Die Mauer in der Ära Honecker (1971–1989)	132
9 / Der Fall der Mauer	176

Anhang /

Service: Museen und Gedenkstätten	228
Literatur (Auswahl)	239
Anmerkungen	243
Bildnachweis	248
Danksagung	249
Abkürzungen	249



Die Berliner Mauer

Grenzübergänge

- | 8 | Sonnenallee: West-Berliner, DDR-Bürger
- | 9 | Waltersdorfer Chaussee: West-Berliner, Transitreisende im Flugverkehr

Der Auto- bzw. Eisenbahn-Transitverkehr von und nach West-Berlin führt durch die Grenzübergänge

- | 10 | Dreilinden / Drewitz (Autobahn)
- | 11 | Wannsee / Griebnitzsee (Eisenbahn)
- | 12 | Glienicker Brücke: Alliierte Militär-angehörige, seit 1985 Diplomaten
- | 13 | Heerstraße / Staaken (Fernstraße, bis 1987)
- | 14 | Spandau / Staaken (Eisenbahn)
- | 15 | Heiligensee / Stolpe (Autobahn, ab 1982)

Grenzübergänge | 1 | - | 7 |
siehe nächste Seite.

Mauerreste

- 1 | Bergfelde
- 2 | Glienicke / Nordbahn
- 3 | Entenschnabel
- 16 | Neukölln / Sonnenallee
- 17 | Rudow
- 18 | Schönefeld
- 19 | Mahlow
- 20 | Teltow
- 21 | Kleinmachnow
- 22 | Grenzübergang Drewitz
- 23 | Dreilinden
- 24 | Griebnitzsee
- 25 | Glienicker Brücke
- 26 | Sacrow und Kladow
- 27 | Groß Glienicke
- 28 | Groß Glienicke „Mauerfriedhof“
- 29 | Weinbergshöhe
- 30 | Staaken
- 31 | Spandau
- 32 | Nieder Neuendorf
- 33 | Stolpe-Süd
- 34 | Hohen Neuendorf

Mauerreste | 4 - 15 | siehe nächste Seite.

Mauerreste, die bis heute erhalten sind:
www.chronik-der-mauer.de/mauerreste

Vergleichsfotos von Mauer und Todesstreifen früher und heute (siehe Kapitel 1)

- 2 | Zwischen Frohnau und Bieselheide
- 11 | Teltow-Seehof
- 15 | Glienicker Brücke

Weitere Vergleichsfotos:
www.chronik-der-mauer.de/frueherheute



Marzahn
Hellersdorf



Grenzübergänge

- 1** | Bornholmer Straße: West-Berliner, Bundesbürger, DDR-Bürger, Diplomaten
- 2** | Chausseestraße: West-Berliner, DDR-Bürger
- 3** | Invalidenstraße: West-Berliner, DDR-Bürger
- 4** | Bahnhof Friedrichstraße: West-Berliner, Bundesbürger, DDR-Bürger, Diplomaten, Ausländer, Alliierte Militärangehörige
- 5** | „Checkpoint Charlie“ Friedrichstraße / Zimmerstraße: Alliierte Militärangehörige, Ausländer, Diplomaten, DDR-Bürger
- 6** | Heinrich-Heine-Straße: Bundesbürger, DDR-Bürger, Diplomaten
- 7** | Oberbaumbrücke: West-Berliner, DDR-Bürger

Grenzübergänge **8** | – | **15**
siehe vorherige Seite.

Mauerreste

- 4** | Bornholmer Straße
- 5** | Bernauer Straße
- 6** | Nordbahnhof
- 7** | Invalidenfriedhof
- 8** | Reichstag / Brandenburger Tor
- 9** | Potsdamer Platz
- 10** | Gropiusbau
- 11** | Grenzübergang „Checkpoint Charlie“
- 12** | Kommandantenstraße
- 13** | Schillingbrücke
- 14** | East Side Gallery
- 15** | Treptow / Schlesischer Busch

Mauerreste **1** – **3** und **16** – **34**
siehe vorherige Seite.

Mauerreste, die bis heute erhalten sind:
www.chronik-der-mauer.de/mauerreste

Vergleichsfotos von Mauer und Todesstreifen früher und heute (siehe Kapitel 1)

- 4** | Grenzübergang Bornholmer Straße
- 6** | Reichstag
- 7** | Gropiusbau
- C** | „Checkpoint Charlie“ Friedrich- / Zimmerstraße

Weitere Vergleichsfotos:
www.chronik-der-mauer.de/frueherheute



Gründung zweier deutscher Staaten 1949

In den drei Westzonen und den Westsektoren Berlins verordnen die Besatzungsmächte USA, Großbritannien und Frankreich den Westdeutschen und West-Berlinern eine Demokratie nach westlichem Muster: Auf der Grundlage einer privatwirtschaftlichen Eigentumsordnung entsteht 1949 ein demokratischer Verfassungsstaat mit Mehrparteiensystem, Gewaltenteilung, pluraler Institutionenordnung und freien Wahlen: die Bundesrepublik Deutschland – ein Bollwerk gegen den Kommunismus.

In der Sowjetischen Besatzungszone und im sowjetisch besetzten Sektor Berlins wird unter sowjetischer Kontrolle auf der Basis einer verstaatlichten Wirtschaft eine kommunistische Einparteienherrschaft etabliert. Die allein regierende SED schaltet die bürgerlichen Parteien sowie die Gewerkschaften gleich und unterdrückt jede politische Opposition. Freie Wahlen werden nicht abgehalten. Am 7. Oktober 1949 wird auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone die „Deutsche Demokratische Republik“ proklamiert – ein militärischer Vorposten der Sowjetunion in Mitteleuropa.

Die Bundesregierung erhebt nach der doppelten Staatsgründung einen Alleinvertretungsanspruch für alle Deutschen; da die DDR-Regierung nicht aus freien Wahlen hervorgegangen ist, erkennt sie die DDR als Staat nicht an. Nehmen dritte Staaten diplomatische Beziehungen zur DDR auf, reagiert die Bundesregierung darauf mit Gegenmaßnahmen bis hin zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Damit gelingt es der Bundesrepublik, die DDR bis zum Ende der 1960er-Jahre außenpolitisch zu isolieren. Die DDR selbst hält zunächst ebenfalls am Ziel der deutschen Einheit fest, aber nur unter sozialistischem Vorzeichen: Eine Wiedervereinigung durch eine freie, allgemeine und gleiche Wahl lehnen die SED-Machthaber ab.

Umfangreiche Demontagen und hohe Reparationsforderungen der Sowjetunion verlangsamten den Wiederaufbau in der DDR. Die sozialistische Planwirtschaft erweist sich zudem als ineffizient. Die wirtschaftliche Kluft zwischen der DDR und der Bundesrepublik wird in den 1950er-Jahren immer tiefer.

Viele Bewohner der DDR entscheiden sich zur Flucht aus der DDR: aus wirtschaftlichen, politischen und familiären Gründen.

„Von Stettin an der Ostsee bis nach Triest am Adriatischen Meer ist längs durch den Kontinent ein eiserner Vorhang gefallen.“

„[...] Warschau, Berlin, Prag, Wien, Budapest, Belgrad, Bukarest und Sofia, alles berühmte Städte. Und die Völker um sie herum leben in dem, was ich die sowjetische Sphäre nennen muss. Sie alle unterliegen, in der einen oder anderen Form, nicht nur sowjetischem Einfluss, sondern zu einem sehr hohen und in vielen Fällen steigenden Maße auch der Kontrolle Moskaus.“

Winston Churchill in Fulton, USA, 5. März 1946.

Flucht aus der DDR

Dreieinhalb Millionen Menschen flüchten zwischen 1945 und 1961 aus der Sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR in die Bundesrepublik. Sie fliehen, weil sie Verwandte im Westen haben, weil ihnen Grund und Boden weggenommen wird, weil sie als Christen benachteiligt und verfolgt werden, weil die Versorgung schlecht ist, weil die politische Freiheit stirbt.

Beschlüsse der SED zum beschleunigten Aufbau des Sozialismus, Renten Kürzungen, Preiserhöhungen für Lebensmittel und schließlich die Erhöhung der Arbeitsnormen lösen den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 aus, der in Forderungen nach freien Wahlen und Wiedervereinigung kulminiert. Sowjetische Soldaten und Panzer eilen dem SED-Regime zu Hilfe und schlagen den Aufstand nieder. Nach dem 17. Juni 1953 verstärkt sich die Fluchtbewegung aus der DDR dramatisch. In den Folgejahren schwillt sie mit jeder Repressionsmaßnahme und jedem politischen Ereignis, das die Spaltung Deutschlands vertieft, erneut an: 1955 nach der Unterzeichnung des Warschauer Pakts, 1956 nach der Gründung der Nationalen Volksarmee, 1957 mit der Verschärfung des Kampfes gegen die Kirchen, 1960 mit der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft.

Das SED-Regime reagiert auf diese „Abstimmung mit den Füßen“ zunehmend härter: Bereits am 26. Mai 1952 sperren militärische Einheiten die Grenze zur Bundesrepublik mit Stacheldraht ab. Gleichzeitig werden in Berlin zahlreiche Straßen zwischen Ost und West und die direkten Fernsprechverbindungen gesperrt. Wegen des alliierten Status der Stadt läuft der Verkehr über die verbleibenden 81 Sektorenübergänge trotz der wirtschaftlichen und politischen Teilung weiter – und auch die Flucht über Ost- nach West-Berlin.

Im Dezember 1957 verschärft die SED-Führung die Strafgesetze: Das Verlassen der DDR wird als „Republikflucht“ strafrechtlich verfolgt und mit Haftstrafen bis zu drei Jahren geahndet; schon Vorbereitung und Versuch werden mit Gefängnisstrafen bedroht.

Im Sommer 1961 nimmt der Flüchtlingsstrom über Berlin dramatisch zu. Die DDR-Propaganda wirft dem Westen Abwerbung und Menschenhandel vor, intern kennt man jedoch die wirklichen Fluchtmotive: Ablehnung der politischen Entwicklung in der DDR, bessere Lebenschancen im Westen.

Siehe auch: www.chronik-der-mauer.de > Chronik > 1961 > April/Mai



DDR-Flüchtlinge im West-Berliner Notaufnahmelaager Marienfelde, August 1961.

24-jähriger Maschinenschlosser aus Thüringen, ledig, 14. Juli 1961

„Ich habe zu Angehörigen der sowjetischen Besatzungsmacht gesagt, sie sollten machen, dass sie nach Hause gehen und sollten Ulbricht gleich mitnehmen. Das hat einer von der SED gehört, welcher mir drohte, ich würde bald keine Gelegenheit mehr haben, solche Äußerungen in der Öffentlichkeit zu machen. Da habe ich es vorgezogen, aus der Zone zu verschwinden.“

35-jähriger Traktorist aus dem Kreis Anklam, verheiratet, Kinder,

18. Juli 1961 „Ich konnte dem Druck, der auf mich ausgeübt wurde, um in die SED und Kampfgruppe einzutreten, nicht mehr standhalten. Die schlechten Verdienstmöglichkeiten in der LPG und die schlechte Lebensmittelversorgung haben auch mit dazu beigetragen. Und dann habe ich mir Gedanken über die Erziehung meiner Kinder gemacht; ich bin bestrebt, sie im christlichen Glauben zu erziehen. Und das war durch die Schule und den Kindergarten kaum möglich.“

Fluchtbewegung aus der DDR und dem Ostsektor von Berlin 1949–1961

Jahr	Personen	Jugendliche unter 25
1949	129.245	–
1950	197.788	–
1951	165.648	–
1952	182.393	–
1953	331.390	48,7 %
1954	184.198	49,1 %
1955	252.870	49,1 %
1956	279.189	49,0 %
1957	261.622	52,2 %
1958	204.092	48,2 %
1959	143.917	48,3 %
1960	199.188	48,8 %
1961*	207.026	49,2 %

* bis zum Beginn des Mauerbaus am 13. August 1961.

„Die DDR, Deutschland, ist das Land, in dem sich entscheiden muss, dass der Marxismus-Leninismus richtig ist, dass der Kommunismus auch für Industriestaaten die höhere, bessere Gesellschaftsordnung ist. [...] Wenn der Sozialismus in der DDR nicht siegt, wenn der Kommunismus sich hier nicht als überlegen und lebensfähig erweist, dann haben wir nicht gesiegt.“

Anastas Mikojan, stellvertretender sowjetischer Ministerpräsident, Juni 1961.



Nikita Chruschtschow und Walter Ulbricht auf dem V. SED-Parteitag in Ost-Berlin, Juli 1958.

Chruschtschow-Ultimatum und Berlin-Krise 1958 bis 1961

Der Sowjetunion gilt das freie West-Berlin als ein „Splitter“, der aus dem Herzen des „sozialistischen Europas“ entfernt werden muss.

Am 27. November 1958 stellt der sowjetische Partei- und Staatsführer Nikita Chruschtschow ein Ultimatum auf: Falls die Westmächte nicht innerhalb von sechs Monaten in Verhandlungen über einen Friedensvertrag und die Umwandlung West-Berlins in eine „Freie Stadt“ träten, werde die Sowjetunion einen einseitigen Friedensvertrag mit der DDR abschließen. Sie werde darin alle sowjetischen Rechte und Verantwortungen gegenüber Berlin an die DDR-Regierung abtreten – insbesondere die Kontrolle der Verbindungswege zur Bundesrepublik zu Lande, auf dem Wasser und in der Luft.

Das Ultimatum läuft darauf hinaus, den Viermächtestatus der Stadt aufzukündigen, die Westmächte aus West-Berlin zu vertreiben – und die Fluchtbewegung zu unterbinden. Doch die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich geben dem Druck nicht nach. Zur Enttäuschung der SED-Führung setzt Chruschtschow sein Ultimatum mehrfach aus. Der sowjetische Parteiführer scheint vor der angekündigten Konfrontation und ihren unwägbareren Folgen zurückzuschrecken, die das Risiko eines Atomkrieges mit den Vereinigten Staaten bergen.



Nikita Chruschtschow und John F. Kennedy in Wien, 3. Juni 1961.

Im Frühjahr 1961 verschlechtert sich die wirtschaftliche Lage der DDR rapide, die Versorgungsprobleme nehmen zu – und der Strom der Flüchtlinge wird stärker. Die DDR steht vor dem wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch. Ulbricht drängt auf einschneidende Maßnahmen, Chruschtschow jedoch mahnt immer noch zur Zurückhaltung. Entscheidungen sollen erst nach seinem Gipfeltreffen mit dem amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy am 3. und 4. Juni 1961 in Wien getroffen werden.

Der sowjetisch-amerikanische Gipfel nimmt einen frostigen Verlauf. Chruschtschow wiederholt sein Ultimatum, setzt eine neue Frist bis zum Jahresende 1961. Kennedy weist das Ultimatum zurück, warnt vor einem bevorstehenden „kalten Winter“. Sogar von Krieg ist die Rede.

Der amerikanische Präsident reagiert auf die Drohungen entschieden: Er kündigt eine massive Erhöhung der Rüstungsausgaben und die Entsendung von sechs weiteren US-Divisionen nach Europa an.

Dies und die akute Gefährdung der Existenz der DDR im Sommer 1961 veranlassen Chruschtschow, von seinen weitergehenden Zielen Abstand zu nehmen und stattdessen der Abriegelung der Sektorengrenze in Berlin zuzustimmen.

Siehe auch: www.chronik-der-mauer.de > Chronik > 1961 > Juni > 4

Nikita Chruschtschow zu Hans Kroll, Botschafter der Bundesrepublik in Moskau, November 1961 „Es gab nur zwei Arten von Gegenmaßnahmen: die Lufttransportsperrung oder die Mauer. Die erstgenannte hätte uns in einen ernsten Konflikt mit den Vereinigten Staaten gebracht, der möglicherweise zum Krieg geführt hätte. Das konnte und wollte ich nicht riskieren. Also blieb nur die Mauer übrig. Ich möchte Ihnen auch nicht verhehlen, dass ich es gewesen bin, der letzten Endes den Befehl dazu gegeben hat.“



SED-Parteichef Walter Ulbricht auf einer internationalen Pressekonferenz im großen Festsaal des Hauses der Ministerien in Ost-Berlin, 15. Juni 1961.

„Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.“

Walter Ulbricht auf einer internationalen Pressekonferenz in Ost-Berlin, 15. Juni 1961.

Internationale Pressekonferenz in Ost-Berlin, 15. Juni 1961

Annamarie Doherr (Journalistin, Frankfurter Rundschau) „Ich möchte eine Zusatzfrage stellen: Herr Vorsitzender! Bedeutet die Bildung einer Freien Stadt Ihrer Meinung nach, dass die Staatsgrenze am Brandenburger Tor errichtet wird? Und sind Sie entschlossen, dieser Tatsache mit allen Konsequenzen Rechnung zu tragen?“

Walter Ulbricht (Vorsitzender des DDR-Staatsrates) „Ich verstehe Ihre Frage so, dass es in Westdeutschland Menschen gibt, die wünschen, dass wir die Bauarbeiter der Hauptstadt der DDR dazu mobilisieren, eine Mauer aufzurichten. Mir ist nicht bekannt, dass eine solche Absicht besteht. Die Bauarbeiter unserer Hauptstadt beschäftigen sich hauptsächlich mit Wohnungsbau, und ihre Arbeitskraft wird dafür voll eingesetzt. Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.“
